

# Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

08. März – 14. März 2025

**Die Verteidigungsminister Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Polens und des Vereinigten Königreichs bekräftigten am 12. März Unterstützung für Ukraine und europäische Sicherheit im Rahmen des E5-Formats in Paris.** In ihrer gemeinsamen Erklärung betonten sie die Notwendigkeit, Europas Verteidigungsfähigkeit zu stärken und die Ukraine weiterhin zu unterstützen, und unterstrichen dabei zugleich die beispiellose geopolitische Anspannung. Der Krieg in der Ukraine und die Sicherheit Europas seien zentrale Prioritäten, die nur durch enge Zusammenarbeit bewältigt werden könnten. Sie begrüßten die jüngsten Verhandlungen zwischen den USA und der Ukraine über einen möglichen 30-tägigen Waffenstillstand, betonten aber, dass nun Russland am Zug sei. Die Minister einigten sich darauf, die militärische und industrielle Zusammenarbeit mit der Ukraine auszubauen, um deren Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Zudem soll die europäische Verteidigungsindustrie gefördert und die Beschaffungsprozesse beschleunigt werden, um die Einsatzbereitschaft zu verbessern. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Vertiefung der Kooperation innerhalb von NATO und EU, insbesondere mit Blick auf den NATO-Gipfel in Den Haag im Juni 2025. Schließlich sollen langfristige Sicherheitsgarantien für die Ukraine entwickelt werden, um deren Stabilität und Schutz nachhaltig zu gewährleisten.

**Der französische Verteidigungsminister Sébastien Lecornu sprach in einem Interview auf dem Fernsehsender France 2 über die Zukunft der französischen Armee und die Notwendigkeit einer professionellen Reserve.**

Angesichts der zunehmenden gleichzeitigen Krisen sieht er eine potenzielle Schwachstelle für Frankreich und fordert eine deutliche Stärkung der Reservekräfte. Aktuell gibt es 205.000 aktive Soldaten, das Ziel liegt bei 210.000, und langfristig soll die Reserve auf 100.000 Personen anwachsen. Das angestrebte Verhältnis von einem Reservisten auf zwei aktive Soldaten soll die Einsatzfähigkeit der Armee erhöhen. Lecornu lehnt eine Rückkehr zur Wehrpflicht, die 1996 abgeschafft wurde, ab. Er betonte, dass militärische Einsätze ein Beruf sind und dass eine gut ausgebildete Reserve effektiver sei als ein allgemeiner Wehrdienst. Darüber hinaus warnte der Minister vor der zunehmenden Militarisierung des Weltraums. Er sprach von einer möglichen „Form des Sternenkriegs“, in der Satelliten durch Energiewaffen oder Laser zerstört werden könnten. Lecornu mahnte, dass Frankreich in diesem Bereich aktiv bleiben müsse, um technologisch nicht den Anschluss zu verlieren.

**Nach seinem Besuch in Washington und seinem Gipfeltreffen in London setzt Emmanuel Macron seinen Kurs fort, um der russischen Bedrohung entgegenzuwirken.** An diesem Montag empfing er im Élysée-Palast Maia Sandu, die Präsidentin Moldawiens. Dieses Treffen folgte auf seine jüngste Aussage, in der er Wladimir Putin als „revisionistischen Imperialisten“ bezeichnete. Moldawien wirft Russland seit Wochen versuchte Destabilisierungsmaßnahmen vor, während das Land bereits wirtschaftlich stark unter den Folgen des Ukraine-Kriegs leidet. Macron betonte in einem Interview, dass Putin ohne Gegenmaßnahmen weiter nach Moldawien und möglicherweise nach Rumänien vordringen könnte. Im Rahmen des Treffens hat Macron die Unterstützung Frankreichs für die Unabhängigkeit, Souveränität und Sicherheit Moldawiens bekräftigt.

**Französische Abgeordnete verabschieden symbolische Resolution zur Unterstützung der Ukraine.** Am 12. März, stimmte die französische Nationalversammlung mit 288 zu 54 Stimmen für eine Resolution zur Unterstützung der Ukraine. Obwohl die Entscheidung keine rechtliche Bindung hat, sendet sie ein starkes politisches Signal. Die Resolution fordert die EU, die NATO und verbündete Länder auf, ihre politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung für die Ukraine zu verstärken und begleitet das Land auf dem Weg in die Europäische Union. Zudem enthält der Text einen Aufruf, eine unabhängige europäische Verteidigung aufzubauen und die Möglichkeit einer europäischen Friedensmission in der Ukraine zu prüfen. Ein besonders umstrittener Punkt war die Forderung, eingefrorene russische Vermögenswerte zu beschlagnahmen, um die militärische Unterstützung und den Wiederaufbau der Ukraine zu finanzieren. Während einige Abgeordnete dies als notwendige Maßnahme sehen, argumentierten Kritiker, darunter Mitglieder von La France Insoumise und Rassemblement National, dass eine solche Entscheidung gegen das internationale Recht verstoßen könnte.

Der französische Minister für Hochschulbildung und Forschung, Philippe Baptiste, erklärte in einem Interview mit Franceinfo am 12. März, dass Frankreich bereit sei, amerikanische Wissenschaftler aufzunehmen, die von den Budgetkürzungen und ideologischen Einschränkungen unter der Trump-Regierung betroffen sind. Baptiste äußerte Besorgnis über die weltweiten Angriffe auf die Wissenschaft und rief zur Mobilisierung auf. Die Universität Aix-Marseille hat bereits ein Programm namens „Safe Place for Science“ ins Leben gerufen, um ausländische Forscher aufzunehmen. Erste Bewerbungen sind bereits eingegangen: Rund 40 Wissenschaftler haben bereits ihr Interesse bekundet. Allerdings reichen die derzeit geplanten 10 bis 15 Millionen Euro nur für die Finanzierung von etwa 15 Forschern, obwohl Baptiste insgesamt von der Aufnahme von einigen Hundert Wissenschaftlern spricht. Dafür sollen mehrere Forschungszentren und Organisationen eingebunden werden, um geeignete Strukturen zu schaffen. Neben den französischen Bemühungen betont Baptiste, dass eine europäische Lösung notwendig sei. Trotz der bisherigen Investitionen Frankreichs in die Forschung – rund drei Milliarden Euro seit 2021 – müsse Europa unabhängiger von den USA werden und eigene wissenschaftliche Initiativen aufbauen.

**US-Präsident Donald Trump droht der EU und vor allem Frankreich mit extrem hohen Zöllen auf Wein und Champagner.** Damit schaukelt sich der eskalierte Handelsstreit der USA mit der EU weiter hoch. Trump stellte Zölle in Höhe von 200 Prozent auf alkoholhaltige Produkte in Aussicht. „Frankreich ist weiterhin entschlossen, gemeinsam mit der Europäischen Kommission und unseren Partnern zurückzuschlagen. Wir werden den Drohungen nicht nachgeben und unsere Produktionsketten immer schützen“, warnte der stellvertretende Minister für Außenhandel, Laurent Saint-Martin. Es bleibt nun abzuwarten, ob die Erklärungen des US-Präsidenten in die Tat umgesetzt werden.

#### PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Der Senator der Républicains (LR) **Francis Szpiner** hat seine Kandidatur für die Pariser Kommunalwahlen 2026 angekündigt. Damit tritt der ehemalige Bürgermeister des 16. Arrondissements von Paris in Konkurrenz zur Kulturministerin Rachida Dati, die ebenfalls als mögliche Kandidatin gilt, ihre Kandidatur jedoch noch nicht offiziell angekündigt hat. Szpiner bezeichnete sie als die „Kandidatin des Macronismus“, da sie nicht mehr Mitglied der Républicains sei.

Mit seiner Kandidatur möchte Szpiner eine klare Stimme für die bürgerlich-konservative Opposition in Paris vertreten, in Allianz mit den Zentristen. Er fordert eine politische Wende nach zwei Amtszeiten der Sozialistin Anne Hidalgo und betonte seine Schwerpunkte: öffentliche Ordnung und solide Finanzen.

#### DIE ZAHL DER WOCHE

74 %

Laut einer aktuellen Studie des Think-Tanks More in Common vertrauen die Deutschen unter ihren Verbündeten am meisten Frankreich. **74 %** der Befragten nannten den europäischen Nachbarn an erster Stelle, gefolgt von der Europäischen Union (72 %) und dem Vereinigten Königreich (62 %). Nur 23 % sehen die USA als verlässlichen Partner. Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine wird die Haltung von Emmanuel Macron am positivsten bewertet (51 % Zustimmung). Die Studie hebt außerdem das Vertrauen der Deutschen in die internationale Zusammenarbeit hervor.

3	4	7
0	8	5
5	2	6
7	4	3
1	9	1
2	0	2
9	6	1